



Resolution

Skandal Kinderarmut - Osnabrück sucht Auswege

10 Forderungen zur Bekämpfung von Kinderarmut in Osnabrück

Präambel

Die 10. Osnabrücker Sozialkonferenz fordert die Ratsmitglieder der Stadt Osnabrück auf, sich in enger Zusammenarbeit mit entsprechenden Organisationen, Verbänden und Initiativen für die Bekämpfung und Prävention von Kinderarmut einzusetzen und die folgenden 10 Forderungen dafür als Grundlage zu nehmen. Solange sich auf kommunaler Ebene kein anderer Armutsbegriff etabliert hat, definieren wir Kinder aus Haushalten aller Bezieher von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe sowie alle Haushalte mit Anspruch auf Wohngeld als „arm“. Wir wissen, dass viele Regelungen auf Bundes- oder Landesebene entschieden werden. Dennoch sehen wir auch auf der kommunalen Ebene wichtige Handlungsmöglichkeiten. Unsere Forderungen zeigen solche Möglichkeiten auf und haben das Ziel, den „Skandal Kinderarmut“ zu beseitigen!! Wir rufen die Osnabrücker Bürgerinnen und Bürger dazu auf, uns dabei zu unterstützen.

1. Das Problem Kinderarmut „annehmen“

Obwohl durch zahlreiche Studien belegt und von vielen Organisationen thematisiert, ist das Problem Kinderarmut in einem der reichsten Länder der Erde noch nicht bei jedem angekommen. Schweigen und Wegschauen sind auch bei den politisch Verantwortlichen weit verbreitet. Ein erster notwendiger Schritt ist deshalb, eine öffentliche Anerkennung des Problems: Ja, es gibt Kinderarmut auch bei uns in Osnabrück! Ja, dies ist ein Skandal. Ja, ich bin bereit für die Beseitigung von Kinderarmut zu kämpfen!!

2. Kampagne für eine elternunabhängige Kindergrundsicherung beginnen

Es sind alle Wege zu nutzen, um auf Bundes- und Landesebene eine Verbesserung der materiellen Ausstattung der von Armut betroffenen Kinder zu erreichen. Ziel muss eine materielle Versorgung der Kinder sein, die Ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Viele Organisationen und Verbände, wie der Kinderschutzbund, der Paritätische, der VAMV, die Arbeiterwohlfahrt, die Gewerkschaften u.v.m., haben die bestehenden Regelungen analysiert und als unzureichend eingestuft. Alle setzen sich mit unterschiedlichen Modellen für eine **deutliche Erhöhung** der Leistungen ein und fordern eine völlige Neuberechnung der Bedarfe für Kinder. Notwendig ist eine öffentliche Kampagne, welche sich für eine elternunabhängige Grundsicherung für Kinder einsetzt..

3. Betreuungseinrichtungen für Kinder ausbauen

Eine wichtige Voraussetzung für den Weg aus der Kinderarmut ist die Erwerbstätigkeit der Eltern und eine möglichst früh beginnende Bildungsförderung. Um hierfür die Voraussetzungen zu verbessern, müssen alle Formen von Betreuungseinrichtungen für Kinder, insbesondere im Altersbereich von 0-3 Jahre, erweitert werden. Die bisherigen Planungen der Stadt sind auf dieses Ziel hin zu überprüfen und ggf. durch eine Bedarfsermittlung zu ergänzen. Eine Verdreifachung der Kita-Plätze, wie sie auf Bundes- und Landesebene diskutiert wird, ist zu unterstützen und alles zu unternehmen, was eine zügige Realisierung ermöglicht.

4. Berichterstattung über Kinderarmut als „Pilotprojekt“ einer umfassenden kommunalen Armuts- und Reichtumsberichterstattung einführen.

Die Stadt bereitet keine Daten über das Ausmaß und die Verteilung von Kinderarmut in Osnabrück auf. Damit fehlen die Grundlagen für effiziente Konzepte einer nachprüfaren Bekämpfung und Prävention von Kinderarmut. Wir fordern, mit dem Thema Kinderarmut ein Pilotprojekt zu beginnen, welches eine neue Form der Armuts- und Reichtumsberichterstattung für Osnabrück erprobt. Bei diesem „ganzheitlichen“ Ansatz geht es nicht um reine Datenerhebung oder Aufbereitung, sondern um daraus abgeleitete, öffentlich diskutierte Konzepte zur Bekämpfung von Kinderarmut bzw. der Erprobung geeigneter Präventionsmaßnahmen und deren Realisierung. Mit regelmäßigen Wirkungskontrollen werden die umgesetzten Maßnahmen auf ihre Eignung geprüft. Es geht also um einen „Masterplan“ gegen Kinderarmut.

5. Kommunalen Bildungsfonds einrichten

Wir fordern die Einrichtung eines kommunalen Bildungsfonds mit einer bedarfsorientierten Ausstattung mit Finanzmitteln. Aus diesem Fond werden Schulmaterialien bezahlt und sorgen damit für eine Lehrmittelfreiheit für Kinder aus den betroffenen Haushalten. Leistungsberechtigt sollen alle Bezieher von ALG II und Sozialhilfe sowie alle Haushalte mit Anspruch auf Wohngeld sein. Die Stadt Oldenburg hat einen solchen Fond eingerichtet und für die 2. Jahreshälfte 2007 mit 200.000,- € ausgestattet.

6. Leistungen des Familienpasses erweitern

Wir fordern die Leistungen und den Berechtigtenkreis des Familienpasses zu erweitern. Zusätzlich zu der bisherigen Beziehergruppe sollen mindestens Haushalte mit Anspruch auf Wohngeld generell den Familienpass erhalten. Der Familienpass soll zudem offensiv beworben werden. Ferner wollen wir eine Ausweitung des Leistungsspektrums. Konkret fordern wir für Inhaber des Familienpasses unter anderem:

- Kostenlose Ausgabe des Kinderferienpasses
 - Kostenlose Ausstellung von Kinderreisepässen und Personalausweisen
 - Freier Eintritt im Osnabrücker Zoo
 - Freier Eintritt in alle städtischen Schwimmbäder
 - Freier Eintritt in alle städtischen Museen einschließlich Sonderausstellungen und Planetarium
 - Kostenfreie Kurse der Musik- und Kunstschule für Kinder
 - Kostenfreie Busfahrkarte für alle SchülerInnen für das gesamte Stadtgebiet während der Schul- und Ferienzeit
 - Kostengünstige Buskarte für das Stadtgebiet für die Personen, die nicht zur Gruppe der SchülerInnen gehören.
- Die Kosten sollen sich an den dafür vorgesehenen Betrag in den ALG II-Regelsätzen richten.

7. „Notfallhilfen“ einführen

Solange eine elternunabhängige Grundsicherung (Forderung 2) nicht eingeführt ist, müssen Notsituationen von Haushalten mit Kindern durch kommunale Mittel gemildert werden. Deshalb fordern wir, einen „Notfallfond“ einzurichten, der in definierten Härtefällen den betroffenen Haushalten mit Kindern über einmaligen „Nothilfen“ beisteht. Dies können beispielsweise Reparaturen wichtiger Haushaltsgeräte (Waschmaschine), Beihilfen für Schulausflüge oder Ersatzbeschaffung von Kindermöbeln sein. Ein Katalog der „Nothilfen“ muss unter Beteiligung geeigneter Verbände und Organisationen erarbeitet werden.

8. Konzepte zur Gesundheitsförderung von Kindern entwickeln

Als wissenschaftlich abgesichert gilt der Zusammenhang zwischen Armut und schlechtem Gesundheitszustand der Betroffenen. Auch Kinder bilden keine Ausnahme! Wir fordern deshalb, die vielfältigen Ansätze zur Gesundheitsförderung von Kindern in der Stadt Osnabrück zu einem öffentlich diskutierten Gesamtkonzept zusammenzufassen. Unter Beteiligung ausgewiesener Experten aus den Verbänden und Organisationen können so bestehende Defizite schnell erkannt und die Wirksamkeit der realisierten Maßnahmen überprüft werden.

9. Energiekosten übernehmen und Sozialtarife anbieten

Es ist dafür Sorge zu tragen, dass die Heizkosten von ALG II-/SozialhilfeempfängerInnen für einen angemessenen Durchschnittsverbrauch von der AGOS übernommen werden. Dies schließt insbesondere die entsprechenden Heizkostennachzahlungen mit ein. Außerdem fordern wir einen Strom-Sozialtarif für ALG II-/SozialhilfeempfängerInnen bereitzustellen. Dieser ist so zu gestalten, dass die durchschnittlich anfallenden Stromkosten inkl. Nachzahlungen den dafür in den ALG II-Regelsätzen vorgesehenen Betrag nicht überschreiten.

10. Den „Teufelskreis“ Kinderarmut und Migration durchbrechen

Kinder aus Migrantenfamilien sind besonders häufig von Armut betroffen, weil ihre Lebensbedingungen in Deutschland regelmäßig geprägt sind von eingeschränkten Zugängen zu Arbeits-, Bildungs- und Wohnmöglichkeiten. In vielen Fällen addieren sich zu der ungenügenden materiellen Versorgung die Probleme mangelnder kultureller und sprachlicher Integration, welche insbesondere durch das dreigliedrige Schulsystem nur unzureichend aufgefangen werden und zu weiteren Fehlentwicklungen im Bildungs- und Ausbildungsbereich führen. Um diese besondere Problematik zu mildern, ist ein umfassendes Konzept nötig, welches weit über den Rahmen der kommunalen Sozialpolitik hinausgeht. Ziel muss es sein, auch diesen Kindern eine gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und dafür die Voraussetzungen zu schaffen.

Diese Resolution wurde von der 10 Osnabrücker Sozialkonferenz am 21. April 2007 verabschiedet. Alle Beteiligten sagen dem Rat der Stadt ausdrücklich Ihre Unterstützung bei der Umsetzung der aufgestellten Forderungen zu, denn: Jedes Kind zählt!!!